



HA

über die
5. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Dienstag, dem 11.11.2008
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:15 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD

Frau Christel Ciecior
Herr Dieter Drescher
Frau Marion Dyduch
Frau Petra Hartig
Frau Gabriele Keutgen-Bartosch
Herr Heiko Klanke
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Annette Mann
Frau Ursula Müller
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Herr Reinhard Hasler
Herr Heinrich Kissing
Herr Wilfried Weigel

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Frau Bettina Werning

FDP

Herr Detlef Knop

BG (neu)

Herr Dieter Kloß

fraktionslos

Herr Klaus-Dieter Grosch

Ortsvorsteher
Herr Heinz Henning

Verwaltung
Herr Jochen Baudrexl
Herr Reiner Brüggemann
Frau Ingelore Peppmeier
Frau Sonja Richard
Herr Ronald Sostmann
Herr Ralf Tost

Entschuldigt fehlten
Frau Britta Dreher
Herr Dr. Jörg Frey
Herr Michael Krause
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Ina Scharrenbach

Herr Bürgermeister **Hupe** begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitglieder der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Die Tagesordnungspunkte 1 und 2 des Öffentlichen Teils sowie Tagesordnungspunkt 2 des Nichtöffentlichen Teils wurden einvernehmlich ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

Weitere Änderungen an der Tagesordnung ergaben sich nicht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Feststellung Jahresabschluss 2007	093/2008
2	Aufbau einer interkommunalen öffentlichen Wasserversorgung in den Kommunen Kamen - Bönen - Bergkamen hier: Konzessionsvergabe für die Wasserversorgung an die GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen - Bönen - Bergkamen einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden Regelungen	096/2008
3	Darlehensmanagement Bericht der Verwaltung	
4	Verpachtung von Dachflächen für die Errichtung und den Betrieb von Photovoltaikanlagen durch externe Betreiber Antrag der CDU-Fraktion vom 27.10.2008	
5	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Beförderung eines Beamten	089/2008
2	Ergebnis des Wirtschaftlichkeitsgutachtens zur Wassernetzübernahme	101/2008
3	Dachsanierung im Übergangsbereich Stadthalle/Rathaus Antrag der CDU-Fraktion vom 22.09.2008	
4	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
5	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
093/2008

Feststellung Jahresabschluss 2007

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 2.
096/2008

Aufbau einer interkommunalen öffentlichen Wasserversorgung in den Kommunen Kamen - Bönen - Bergkamen
hier: Konzessionsvergabe für die Wasserversorgung an die GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen - Bönen - Bergkamen einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden Regelungen

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 3.

Darlehensmanagement
Bericht der Verwaltung

Herr **Baudrexl** gab anhand Folien einen Überblick über das Darlehensmanagement der Stadt Kamen. Er bezog sich auf einen Bericht des Gemeindeprüfungsamtes, in dem auf ein konsequentes Schuldenmanagement hingewiesen wurde. Es reiche nicht aus, augenblickliche Zinskonditionen zu vergleichen. Vielmehr müsse auch die Vorteilhaftigkeit von internationalen Zins- und Währungsderivaten mit in die Prüfung einbezogen werden. In Kamen konnten durch den Einsatz von zwei Zins-Swap Geschäften positive Zinsspareffekte erzielt werden.

Solide Derivate seien, so Herr Baudrexl, ausreichend auf dem Markt zu finden. Daher sollte der Handel mit diesen Produkten generell nicht verteufelt werden. Er wies darauf hin, dass die Stadt Kamen keine Derivate

mit hohen Risiken führe. Seiner Ansicht nach sei es wichtig, keine isolierte Darstellung der Derivate vorzunehmen. Vielmehr gelte es, das Gesamtpaket der Darlehen zu betrachten und zu analysieren.

Er erläuterte, dass zum 31.12.2007 in der Bilanz investive Darlehen von insg. 44,8 Mio. Euro sowie 28,5 Mio. Euro an Kassenkrediten ausgewiesen seien. Daraus ergebe sich die Pflicht, ein aktives Darlehensmanagement durch intensive Beobachtung des Kapitalmarktes sowie zukünftiger Kapitalbedarfssicherung zu günstigen Konditionen zu betreiben. In den Jahren 2011/12 würden Zinsbindungen im größerem Volumen auslaufen. Daher gelte es, vorausschauend zu planen, indem schon heute feststehende Zinskonditionen durch Forward-Darlehen gesichert würden.

In seinen weiteren Ausführungen skizzierte Herr Baudrexl die aktuelle Darlehenssituation der Stadt Kamen.

- **Forward-Darlehen:**

Dieses Darlehen wurde zu einem Zinssatz von 3,95 % aufgenommen. Der Darlehensgeber habe bis zum 30.06.2012 ein einmaliges Wandlungsrecht, d. h. er könne einen neuen Festzins festlegen, was jedoch von der Stadt Kamen nicht akzeptiert werden müsse. Bis 2012 würden dadurch attraktive Konditionen gesichert werden können.

- **Forward-Kassenkredit:**

Dieser Kredit sei bereits in 2007 zur Sicherung eines erkennbaren Kapitalbedarfs für 2008 durch Fixierung von Zinssätzen für ein Gesamtpaket in Höhe von 8 Mio. Euro aufgenommen worden, insbesondere um die Alt-schulden des Kreises in Höhe von 5,1 Mio. Euro zu tilgen sowie bestehende Kredite, die in den nächsten 3-6 Monaten auslaufen, abzulösen. Vor dem Hintergrund steigender Zinsen sei dieses Gesamtpaket zu einem Zinssatz von 4,19 % gesichert worden.

Des weiteren zeigte Herr Baudrexl die Konditionen der einzelnen Derivate auf. Zur Zeit würden 4 Swaps geführt, mit denen seit Juli 2006 eine Zinsersparnis von 230.000 Euro erwirtschaftet werden konnte.

Herr Baudrexl stellte abschließend fest, dass die Stadt Kamen mittel- bis langfristig solide aufgestellt sei und versicherte insbesondere, dass keine risikoreichen Darlehensverpflichtungen eingegangen worden seien.

Frau **Dyduch** begrüßte die von der Verwaltung dargestellten Fakten. Im Vergleich dazu sei die aktuelle Lage vieler Städte schlechter.

Sie bat um weitere Informationen zu den Festlegungsmodalitäten der Fixingtermine und fragte nach den vertraglichen Regelungen zum Wandlungsrecht.

Herr **Baudrexl** erklärte, dass ein Wandlungsrecht insbesondere bei Darlehen mit langer Laufzeit vereinbart werde. Den Banken werde damit die Chance eingeräumt, ab einem bestimmten Zeitpunkt den bestehenden Vertrag zu wandeln. Die Verwaltung müsse dann abwägen, ob es sinnvoll sei, das Darlehen zu kündigen und ggf. bei einer anderen Bank ein Darlehen aufzunehmen oder die neuen Konditionen zu akzeptieren.

Bezüglich der Fixingtermine erläuterte er, dass in der Regel 4 Termine vertraglich festgelegt würden. Für die Berechnung ausschlaggebend sei immer der Kurs zum Fixingtermin.

Herr **Kissing** stellte fest, dass die Form der Kreditaufnahme bei der Stadt Kamen keinen Anlass zur Besorgnis gebe, die Vorteile dieser Anlagearten seien zu erkennen. Positiv wertete er, dass beim Währungs-Swap auf den Schweizer Franken gesetzt wurde, da dieser im Vergleich zu anderen

Währungen relativ stabil sei. Mit Blick auf die lange Bindungsfrist der Kredite sei durch die Verwaltung eine noch intensivere und stärkere Beobachtung erforderlich. Darüber hinaus sei es zu begrüßen, dass sich die Stadt nicht an Cross-Boarder-Modellen beteiligt habe. Er habe die Bitte an die Verwaltung, ein weiterhin von äußerster Sicherheit geprägtes Darlehensmanagement zu betreiben.

Herr **Baudrexl** wies darauf hin, dass nicht alle Instrumente zu verteufeln seien, viele seriöse und sinnvolle Produkte seien am Markt. So könnten beispielsweise Darlehen mit der Möglichkeit von Sondertilgungen durch Vermögenskäufe aufgenommen werden oder variable Zinskonditionen vereinbart werden. In Kombination damit werde bei Swap-Geschäften dann ein fester Zins gewählt, um so von den Effekten einer günstigen Zinsentwicklung profitieren zu können. Er verdeutlichte, dass gerade in Zeiten niedriger Zinssätze Darlehen mit langen Bindungsfristen üblich seien. Die Balance mit kurz- bis mittelfristigen Laufzeiten und eine gesunde Risikostreuung garantiere Solidität im Darlehensmanagement und schaffe Sicherheit in der Finanz- und Liquiditätsplanung.

Herr **Hasler** bat um weitere Informationen zum Umgang mit liquiden Mitteln. Er fragte an, ob sie genutzt würden, um Kassenkredite zu senken oder kurzfristig gewinnbringend angelegt würden.

Die Situation, überschüssige liquide Mittel in einer Größenordnung und für einen Zeitraum zur Verfügung zu haben, die eine gewinnbringende Finanzanlage außerhalb der Hausbank lohnten, sei, so Herr **Baudrexl**, äußerst selten. Dieses Jahr sei es jedoch erstmals möglich gewesen, kurzfristige Kassenkredite zurück zu zahlen.

Abschließend ergänzte Herr **Hupe**, dass der Einsatz moderner Instrumente vor allem im derivaten Bereich derzeit angesagt sei. Die Verwaltung werde an ihrer Zielsetzung festhalten, weiterhin die Produkte des Darlehensmanagements sorgfältig zu beobachten und mit Blick auf Risikobegrenzung eher konservativ auszuwählen.

Zu TOP 4.

Verpachtung von Dachflächen für die Errichtung und den Betrieb von Photovoltaikanlagen durch externe Betreiber
Antrag der CDU-Fraktion vom 27.10.2008

Mit dem vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion solle, so Herr **Kissing**, die Thematik in Erinnerung gebracht und mit der Bitte an die Verwaltung verbunden werden, die Möglichkeit der Verpachtung von Dachflächen für Photovoltaikanlagen durch externe Betreiber zu prüfen und über die Ergebnisse zu berichten.

Herr **Baudrexl** erinnerte an einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der im Planungs- und Umweltausschuss am 15.03.2007 behandelt wurde und u.a. als einen von drei Punkten die Prüfung der Errichtung von Photovoltaikanlagen auf städt. Gebäuden vorsah. Dieser Antrag sei seinerzeit einstimmig angenommen worden. Er wies darauf hin, dass bereits in den Jahren 2004/2005 in Kooperation mit den Gemeinschaftsstadtwerken mit der Errichtung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Dachflächen begonnen worden sei. An folgenden Standorten seien zwischenzeitlich Anlagen in Betrieb gegangen: Schulzentrum Sporthalle (erweitert 2007),

Eichendorffschule, Gymnasium, GSW-Gebäude, Feuerwehr Südkamen. Weitere Anlagen seien sukzessive in den nächsten Jahren zu konzipieren.

Herr **Kissing** fragte an, wie die Realisierungschancen für die Umrüstung weiterer der insgesamt etwa 66 städtischen Dachflächen eingeschätzt werden bzw., ob es einen Maßnahmenplan mit Terminraster gebe.

Herr **Baudrexl** verwies auf die Umsetzung der Beschlusslage des Planungs- und Umweltausschusses.

Herr **Kissing** nahm das zur Kenntnis und zog den Antrag der CDU-Fraktion als erledigt zurück.

Herr **Eisenhardt** vermisste entsprechende Informationen über die Umsetzung und bat für die Zukunft zu berichten, wenn Objekte mit Photovoltaikanlagen ausgerüstet werden.

Herr **Baudrexl** entgegnete, dass der Energiebericht detaillierte Informationen dazu enthalte. Der Bericht werde derzeit fortgeschrieben und in aktualisierter Fassung in Kürze vorgelegt.

Herr **Lipinski** hielt den Antrag der CDU-Fraktion für obsolet, da die Verwaltung den Prüfauftrag aus 2007 bereits umsetze. Seine Fraktion unterstütze grundsätzlich den Bau und den Betrieb von Photovoltaikanlagen in Kooperation mit den GSW. Eine Zusammenarbeit mit weiteren externen Betreibern halte er nicht für sinnvoll. Er halte im übrigen die Informationen für hinreichend, zumal auch in den Gremien der GSW direkt über entsprechende Aktivitäten und Kooperationsmaßnahmen informiert werde.

Herr **Baudrexl** fügte hinzu, dass die Stadt generell auf Kooperationen mit Partnern setze, die über ausreichend know-how verfügten. Dieses sei bei den GSW unumstritten gegeben.

Herr **Grosch** merkte ergänzend an, dass generell bei Neubauten im Stadtgebiet die Möglichkeit der Errichtung von Photovoltaikanlagen geprüft werden sollte. Dies dürfe nicht nur für den städtischen Gebäudebestand gelten.

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen

Freilaufende Hunde

Herr **Hasler** berichtete über Beschwerden von Bürgern durch freilaufende Hunde im Bereich der Pauluskirche, aber auch in anderen Parkanlagen. Insbesondere in den frühen Morgenstunden würden die Hundehalter ihre Hunde an der Pauluskirche frei laufen lassen, damit diese ihr Geschäft dort verrichten können. Er bat um Auskunft, ob die Verwaltung eine Möglichkeit sehe, dort einzuschreiten.

Herr **Hupe** erklärte, dass dieses Problem bekannt sei. Es habe eine gewisse Entlastung durch die Freilaufläche für Hunde am Galgenberg gegeben. Dennoch werde die Stadt prüfen, ob Möglichkeiten bestehen, diesen Missbrauch zu unterbinden.

Herr **Brüggemann** führte weiter aus, dass das Personal des Service- und Sicherheitsdienstes der Stadt Kamen in Schichtdienst eingesetzt sei und seinen Dienst ab 6.45 Uhr aufnehmen und ab diesem Zeitpunkt Kontrollen in den betroffenen Bereichen durchführen könne. Bei Bedarf könne das Personal auch bis 23.00 Uhr eingesetzt werden. Er sagte in diesem Sinne eine Prüfung und flexible Steuerung zu.

Heerener Straße

Herr **Eisenhardt** wies auf die schlechte Einsehbarkeit der Heerener Straße an der Einmündung aus dem Neubaugebiet Ingeborg-Bachmann-Straße, Berthold-Brecht-Straße hin. Er fragte an, ob die 50-km/h-Begrenzung bis zu diesem Kreuzungsbereich ausgedehnt werden könne.

Die Möglichkeit, so Herr **Hupe**, werde geprüft.

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Tost
Schriftführer